

Staatsverschuldung – Mythen und Realität

Von Richard Lauenstein

Ist genug Geld da oder droht der Staatsbankrott? EuW-Redakteur Richard Lauenstein kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis, dass die deutsche Staatsverschuldung im internationalen Vergleich keineswegs übermäßig hoch ist.

Seit längerem werden wir jedes Jahr im Mai und November Zeugen eines beeindruckenden Geschehens: Nach den turnusmäßigen Steuerschätzungen tun sich regelmäßig neue Löcher in den öffentlichen Haushalten auf, weil die Konjunktur schwächer ausfällt als vorhergesagt. Sodann verlangen die üblichen Ökonomen, Leitartikel, KommentatorInnen und PolitikerInnen des neo- bis ultraliberalen Mainstreams drastische Sparmaßnahmen zum Ausgleich der Haushalte und zur Begrenzung der Neuverschuldung, die Absenkung der Staatsquote und eine noch entschiedene Stärkung der Marktkräfte, davon ausgenommen natürlich die Gewerkschaften, die ein Westerwelle am liebsten einen Kopf kürzer machen würde.

Abweichende Stimmen wie die von Rudolf Hickel und der Memo-Gruppe, von Keynesianern wie Peter Bofinger, Gustav Horn, Heiner Flassbeck und Oskar Lafontaine oder auch von der Financial Times Deutschland werden in der Öffentlichkeit meist nur am Rande wahrgenommen. Es dominieren Klagen über einen katastrophalen Zustand der deutschen Finanzen bis hin zu Prophezeiungen eines Staatsbankrotts.

Abweichende Meinungen werden nur am Rande wahrgenommen

Vor einigen Wochen war es auch in Niedersachsen so weit. Im Auftrag des „Bundes der Steuerzahler“ hatte der mehrfach auch als Berater von Ministerpräsident Christian Wulff in Erscheinung getretene hannoversche Finanzwissenschaftler Stefan Homburg ein Gutachten erstellt, in dem der Bankrott des Landes Niedersachsen für den Fall vorausgesagt wird, dass nicht jährlich 2,5 Mrd. Euro eingespart werden. Ohne Gegensteuern werde das Land im Jahr 2030 einen Schuldenberg von 248 Mrd. Euro gegenüber jetzt 48 Mrd. Euro aufgetürmt haben und mehr als 54 Prozent der Einnahmen statt jetzt 24 Prozent für Zinsen und Beamtenpensionen ausgeben müssen. Staatsbankrott sei durchaus nichts Unge-

wöhnliches; in Deutschland sei dies nach den beiden Weltkriegen passiert, in Südamerika einige Male.

Der „Bund der Steuerzahler“ empfahl als Abhilfe sogleich Einschnitte bei den Subventionen für die Landwirtschaft, einen Ausstieg aus dem Wohnungsbau und der Städtebauförderung, umfangreiche Privatisierungen, den völligen Rückzug aus der Jugendsozialarbeit und die niedrigere Besoldung von Lehrkräften sowie eine Senkung der Beamtenpensionen.

Homburg sieht Niedersachsen, was finanzielle Solidität betrifft, bundesweit eher im oberen Mittelfeld. Jeden zweiten Ausgabenposten im niedersächsischen Etat hält er indes für kürzbar oder streichbar. Seine Aussagen fallen nicht aus dem längst bekannten Rahmen.

Selbstverständlich ergeben sich eindrucksvolle Zahlenwerke, wenn bestimmte isolierte Größen über einen Zeitraum von 25 Jahren hochgerechnet werden und dabei unberücksichtigt bleibt, dass staatliche Ausgaben auch für neue Einnahmen sorgen und die Einnahmenseite deutlich anders gestaltet werden könnte. Die Situation nach den beiden Weltkriegen ist mit der heutigen nicht ernsthaft vergleichbar. Am Beispiel des noch nicht lange zurückliegenden argentinischen Staatsbankrotts kann allerdings studiert werden, wie eine hemmungslos marktradikale Wirtschaftspolitik und schamlos sich bereichernde Eliten ein ganzes Land zum Kollabieren gebracht haben.

Die hiesige Debatte gestaltet sich spezifisch deutsch. In den USA käme angesichts sinkender Steuereinnahmen kaum jemand auf die Idee deshalb Sparprogramme zu fordern. Angelsächsische und skandinavische Ökonomen schütteln immer wieder den Kopf über die fundamentalistische Verböhrtheit der deutschen Kollegen, die einer lahmen Ökonomie mit Kürzungen eher noch den Rest geben, bevor sie Abstand von verkürzten Theorien nehmen.

Die deutsche Staatsverschuldung ist nicht unproblematisch, aber weder im internationalen noch im historischen Vergleich übermäßig hoch. 2004 betrug die Gesamtschuld aller öffentlichen Haushalte 66 Prozent des Bruttoin-

landsprodukts (BIP), in absoluten Zahlen 1,437 Billionen Euro. Die Nettoneuverschuldung, der Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen, lag bei 3,7 Prozent. Die aufgehäuften Schulden verteilen sich zu 64 Prozent auf den Bund, zu 28 Prozent auf die Länder und zu 8 Prozent auf die Gemeinden.

Staatliche Ausgaben sorgen auch für neue Einnahmen

Die im Maastricht-Vertrag von 1992 festgelegten EU-Konvergenz-Kriterien sehen vor, dass die Gesamtverschuldung 60 Prozent und das Haushaltsdefizit 3 Prozent des BIP nicht überschreiten dürfen. Diese Margen sollten Ängste vor der mangelnden Stabilität einer gemeinsamen Währung beseitigen. Sie sind recht willkürlich gesetzt, entsprechen dem durchschnittlichen Verschuldungsgrad der damaligen Beitrittskandidaten und gingen zudem von einem nominalen Wachstum des Sozialprodukts von 5 Prozent aus. Seit 2002 werden sie von einer ganzen Reihe Staaten nicht mehr eingehalten und wird über ihre Lockerung diskutiert.

Bezogen auf das BIP lag die deutsche Gesamtverschuldung 2004 rund 5 Prozent unter dem Durchschnitt der Eurozone, die Nettoneuverschuldung hingegen 1 Prozent darüber. Die Staatsverschuldung der USA ist geringfügig niedriger, die japanische mehr als doppelt so hoch.

40 Jahre in der GEW

Zum 40-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im Juni folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft: Heinz Brandt (Rodenberg), Irmentraud Büttner (Holzminden), Dieter Ehlers (Oldenburg), Volkmar Grullig (Lindern), Margrit Henn (Lengerich), Helmuth Lau (Wittingen), Siegfried Mahlmann (Wolfsburg), Dr. Rolf Meyer (Hildesheim), Walter Noth (Göttingen), Bernd Paetz (Lehrte), Gerhard Reese (Zeven), Karl Heinz Schlüter (Göttingen), Dagmar Schönefelder (Osterholz-Scharmbeck), Klaus Smeikal (Braunschweig), Klaus Tiedt (Braunschweig), Werner Zinke (Moormerland). Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

Der klassische Kapitalismus mit Goldstandard, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und freier Konkurrenz ohne Staatseingriffe ist mit dem 1. Weltkrieg zu Ende gegangen. Ohne erhebliche öffentliche Aufwendungen ist eine moderne Erwerbswirtschaft mit Massenproduktion prinzipiell nicht machbar. Mit Steuern, sonstigen Einnahmen und eben auch Krediten finanzieren die Staaten das, was selbst für große Unternehmen zu teuer wäre, aber trotzdem unverzichtbar ist: Bildung, Gesundheitswesen, Transportwesen, soziale und staatliche Sicherheit.

Gerät der ökonomische Prozess ins Stocken oder nehmen stagnative Tendenzen überhand, driften Einnahmen und Ausgaben deutlich auseinander. Kapital/Kapitalismus und Kredit gehören schon sehr lange zusammen; längst gilt dies auch für die Staatsebenen kapitalistischer Wirtschaftsgesellschaften. Schulden werden immer und überall dann erst zum Problem, wenn sie nicht mehr bedient werden können. Das Faktum Staatsverschuldung ist nicht klein zu reden, darf aber auch nicht mythisch überhöht werden. In Deutschland sind es vor allem Mythen, die die veröffentlichte Debatte beherrschen.

Kopfschütteln über die deutsche Verbohrtheit

So werden Staatsschulden immer wieder aus der Perspektive von Familienhaushalten abgehandelt. Was für eine Privatperson plausibel ist – dass sie nicht mehr ausgeben kann als sie einnimmt –, ist für die Gesamtwirtschaft unsinnig, weil dort die Ausgaben der einen immer die Einnahmen der anderen sind. Private Kreditschulden können nur aus dem privaten Einkommen bedient werden, sind mit dem Risiko der Nichtrückzahlbarkeit belastet und meist an zusätzliche vermögensrechtliche Sicherheiten oder Bürgschaften gebunden. Öffentliche Kreditschulden werden aus den künftigen öffentlichen Einnahmen hinsichtlich Zins und Tilgung bedient. Ihre Abzahlung ist generell gesichert, zusätzliche Sicherheiten werden von den Banken nicht verlangt.

Würden nahezu alle staatlichen Aufwendungen aus Steuern finanziert, müssten diese deutlich höher ausfallen. Der Spielraum für lohnende Sparguthaben und Geldkapitalanlagen wäre dann erheblich geringer. Selbstverständlich können hohe Staatsschulden zum Teil auch auf zu niedrige Steuern zurückgehen, insbesondere dann, wenn – wie in der Bundesrepublik – nicht alle gesellschaftlichen Gruppen nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert, sondern manche Großverdiener immer wieder systematisch geschont werden.

Wenn der Staat Ausgaben kürzt, kürzt er damit zugleich andere und auch künftige eigene Einnahmen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist abgesehen von der ausländischen Nachfrage von zu wenig Nachfrage seitens der privaten Haushalte, der Unternehmen und der öffentlichen Hände gekennzeichnet. In einer solchen Lage müssen Kürzungsprogramme zu einer Abwärtsspirale führen.

Monoton wird auch behauptet, (höhere) Staatsschulden gingen immer auf Kosten



künftiger Generationen. Ökonomisch ist diese These blanker Unsinn. Vererbt werden nicht nur die Verbindlichkeiten, sondern auch die Ansprüche und Forderungen. Da Deutschland sich per Saldo nicht im Ausland verschuldet, landen diese Euro für Euro ebenfalls bei der nächsten Generation. Vererbt werden den Nachkommen aber nicht nur aus künftigen Steuern zu bedienende Forderungen, sondern ebenso ein teilweise mittels Krediten finanzierter Kapitalstock und eine lebenswichtige Infrastruktur. Darauf zu verzichten, hieße ihnen einen Bärendienst zu erweisen. Zu fragen ist daher jeweils, wofür konkret die Kredite eingesetzt werden.

Familienhaushalt ist kein Vergleichsmaßstab

Entscheidend ist und bleibt das Verhältnis von Gesamtschuldenstand und Wirtschaftsleistung. Staatsverschuldung wird dann zu einem ernsthaften Problem, wenn sie inflationär wirkt, die Zinssätze hochtreibt bzw. wenn die Schuldenlast dauerhaft relativ zum Volkseinkommen steigt. Staatliche Kreditaufnahme ist sinnvoll zur Finanzierung von Investitionen, zur vorübergehenden Abfederung konjunktureller Einbrüche. In Phasen des Wachstums sollte die Verschuldung hingegen abgebaut werden.

Das Thema Staatsverschuldung wird unübersehbar benutzt, um politisch-moralischen Druck für einen Abbau staatlicher Ausgaben und Aufgaben aufzubauen. Auf allen Ebenen des Staates ist bereits reichlich „Tafelsilber“ verschertelt, in Generationen gebildetes Eigentum der Bürgerinnen und Bürger im Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge an Private übertragen worden. Angesichts der Überkapazitäten und Brachlegung von Wertschöpfung in anderen Segmenten der Volkswirtschaft scheint hier nach wie vor ein lohnendes Feld für neue Kapitalinvestitionen vorzuliegen. Gewinne werden insbesondere immer wieder dadurch erzielt, dass Beschäftigung und Entgelte gekürzt, Arbeitsbedingungen verschlechtert, Leistungen verringert und Preise erhöht werden. Während viele eher das Nachsehen haben, profitieren relativ wenige – Aktionäre, hier

und da sicher auch hochbezahlte Schauspieler und Showstars in Werbespots.

Die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben am nominalen BIP, ist im internationalen Vergleich in Deutschland keineswegs zu hoch. Der aus Personal- und Sachkosten und Investitionen bestehende Staatsverbrauch, die Staatsquote im engeren Sinn, schwankt seit Jahrzehnten zwischen 20 und 24 Prozent. Die hierfür verausgabten Mittel sind nicht nur Abzüge von Einkommen, sondern immer zugleich auch nachfragewirksam. Dies gilt vollends für die im weiteren Sinne zur Staatsquote zählenden Transfers (Renten etc.) und den Zinsendienst. Durch sie wird dem ökonomischen Prozess nichts entzogen, sondern lediglich bestehendes Einkommen umverteilt.

Die „Staatsquote“ ist nicht zu hoch

Bei aller Notwendigkeit über Staatsverschuldung und Staatsquote zu streiten, noch wichtiger ist es sich darüber klar zu werden, welchen Ursachen und Zusammenhängen die langanhaltende Stagnation und die treppenförmig steigende Massenarbeitslosigkeit geschuldet sind, die spätestens seit 1975 durch alle Konjunkturzyklen hindurch zu beobachten sind.

Unter den Bedingungen der mikroelektronischen Revolution sorgen Kapital, Markt und Konkurrenz offenbar immer weniger im Selbstlauf für ausreichende Beschäftigung und Prosperität, bringt es für die überwiegende Mehrheit der Betroffenen keinen Gewinn, wenn die Kräfte der Kapitalverwertung und des Marktes nur noch weiter entfesselt werden statt sie national wie international im nötigen Umfang demokratisch zu regulieren.

Unseren Toten zum Gedächtnis

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Niedersachsen

Alexander Krafft
Oldenburg
geb. am 11.12.1939
gest. am 17.03.2005

Udo Hauck
Göttingen
geb. am 03.02.1950
gest. am 02.05.2005

Elfriede Thielmann
Bremen
geb. am 01.04.1922
gest. am 04.05.2005

Rudolf Zapfe
Bad Nenndorf
geb. am 04.08.1909
gest. am 06.05.2005

Christel Hutterer
Heeslingen
geb. am 01.03.1942
gest. am 07.05.2005

Gisela Penning
Quakenbrück
geb. am 13.11.1940
gest. am 15.05.2005

Hans-Rudolf Schnelle
Jembke
geb. am 06.11.1955
gest. am 17.05.2005

Wolfgang Lanzke
Stadthagen
geb. am 01.08.1916
gest. am 18.05.2005

Joachim Tegtmeier
Bockhorn
geb. am 20.01.1947
verstorben

Horst Krömer
Barsinghausen
geb. am 18.11.1934
gest. am 14.05.2005

Otto Georg Hoffmann
Garbsen
geb. am 05.04.1920
gest. am 24.05.2005

Margrit Leister
Bad Zwischenahn
geb. am 17.06.1937
gest. am 25.05.2005